

*Auszug aus: Peter Spiegel: Eine humane Weltwirtschaft
(erschieden im Patmos Verlag)*

Teil 3

Der Mensch als Lebensunternehmer mit Grundeinkommen und Grundrecht auf Kredit

Ein freies Bürger- bzw. Grundeinkommen für jeden Menschen – oder vom Recht auf Globalisierungsteilhabe

Der Gedanke ist bereits zwei Jahrhunderte alt, doch starke Beachtung fand er beispielsweise in Deutschland erst, nachdem sich der Gründer der Drogeriemarktkette „dm“, Götz W. Werner¹, dafür stark macht.² 1981 war eine wichtige Wegmarke für diese Idee, denn seit diesem Jahr existiert ein bedingungsloses Grundeinkommen in einem nicht kleinen Gebiet, und zwar für den gesamten US-Bundesstaat Alaska mit seinen 650.000 Ein-

¹ Götz W. Werner übernahm 2003 den Stiftungslehrstuhl für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe und lancierte im Jahr 2005 die Initiative „Unternimm die Zukunft“ mit einer bundesweiten Anzeigenkampagne: www.untersimm-die-zukunft.de.

² Götz W. Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*. Interviews und Reaktionen. Stuttgart 2006

wohnern. Kein Wunder, das Experiment mit anfangs 300, später 900 bis 2.000 US-Dollar monatlich funktionierte, aber Alaska ist nicht besonders repräsentativ aufgrund seines großen Rohstoffreichtums. Ein bedeutendes Datum ist der 8. Januar 2004: Der brasilianische Präsident Lula da Silva unterzeichnete ein Gesetz zur Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens für alle Brasilianer. Das wären dann nicht weniger als 175 Millionen Menschen in einem Land mit besonders großen inneren Gegensätzen. Dieses Experiment kann wegweisend sein für die gesamte Menschheit, wenn es denn erfolgreich umgesetzt werden würde. Im Gesetzestext ist jedoch bereits eine beträchtliche Hürde eingefügt: Die Umsetzung ist abhängig von den haushaltspolitischen Rahmenbedingungen. Die größte Beachtung eines solchen Vorschlags innerhalb Europas fand die Forderung des SPÖ-Chefs Alfred Gusenbauer nach seinem Wahlsieg im Herbst 2006 in Österreich, als er die Aufnahme eines Grundeinkommens von 800 Euro in das neue Regierungsprogramm forderte.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle hat längst den Dunstkreis versponnener Sozialutopisten verlassen. Plötzlich gibt es Befürworter in allen gesellschaftlichen und politischen Kreisen. Es gibt viele und handfeste *praktische Argumente* für diesen Ansatz – dennoch schlage ich als Grundlage für das weitere Nachdenken über dieses Thema die Anerkennung eines Grundeinkommens als weiteres *neues Grundrecht* vor – und zwar im Sinne eines *Grundrechts auf Globalisierungsteilhabe* für jeden Menschen beziehungsweise eines Grundrechts auf Teilhabe am Produktivitätszuwachs der Menschheit.

Die Dynamiken der Produktivitätssteigerung und der Globalisierung haben die ohnehin schon sehr großen Vorteile der Kapitalbesitzer gegenüber den Nichtkapitalbesitzern noch einmal exorbitant gesteigert. Die Grundlagen menschlicher Gemeinschaft und die damit verbundenen Grundrechte jedes

Menschen müssen noch einmal grundlegend diskutiert werden vor dem Hintergrund der radikal veränderten Situation. Jean Ziegler, Sonderberichterstatter für das Welternährungsprogramm, übertreibt nicht, wenn er aufgrund der mit der ungleichen Globalisierung verbundenen extremen Verschärfung der Wettbewerbsungleichheit von der existentiellen Gefährdung *aller* Grundrechte spricht.³ Wer die so schwer erkämpften Menschenrechte weiterhin ernst nimmt, muss sich heute für deren *Erweiterung* um das Grundrecht auf Globalisierungsteilhabe stark machen.

Nicht nur alle Grundrechte geraten in Gefahr, wenn die Nutzungsmöglichkeiten der extremen Produktivitätsfortschritte extrem ungleich verteilt sind. Auch Marktwirtschaft kann nicht funktionieren, wenn die Marktteilnehmer keine annähernd gleichen Zugangschancen zu den Vorteilen des technischen Fortschritts haben.

Der sinnvollste gesellschaftliche Weg, um der durch Produktivitäts- und Globalisierungs„quantensprünge“ veränderten Welt wieder zu einer funktionierenden Marktwirtschaft zu verhelfen, liegt darin, einen Grundstock an der heutigen Produktivität der Wirtschaft *allen Menschen* zuzuweisen. Wie könnte dies konkret aussehen?

Götz W. Werner rechnet vor: Wenn wir die *bereits vorhandenen* sozialen Leistungen in Deutschland addieren und nur *anders verteilen*, nämlich über ein bedingungsloses Grundeinkommen anstatt über Rente, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Mietzuschüsse, Gesundheitssystem etc., könnte jeder Bürger ohne jegliche Bedürftigkeitsprüfung monatlich zwischen 1.200 und 1.500 Euro erhalten⁴. Das sind etwa 300 bis 600 Euro mehr

³ Jean Ziegler: *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung*. München 2005

⁴ Götz W. Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*, S. 39ff. Werner plädiert jedoch für eine schrittweise Einführung, die etwas oberhalb der Höhe der heutigen faktischen Transferleistungen für Hartz-IV-Empfänger beginnt, also bei ca. 850 Euro. Er plädiert ferner für eine Staffe-

als das heutige faktische Grundeinkommen, das die Bedürftigsten der Gesellschaft durch die verschiedenen Formen staatlicher Transferleistungen erhalten. Und jeder Bürger könnte dann alles, was er hinzuverdient, netto behalten. Die „normalen“ Löhne würden sich etwa um die Summe des Grundeinkommens reduzieren, so dass alle Arbeitenden zunächst auf dasselbe Gesamteinkommen wie heute kommen würden. Mit seinem Vorschlag bezieht sich Götz W. Werner u.a. auf Charles Fourier, der die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens einmal so formulierte:

„Streichen Sie Arbeitslosengeld, gesetzliche Rentenversicherung, bestehende Sozialleistungen und garantierte Mindestlöhne, Kindergeld, Steuererleichterungen und -pauschalen für häusliche Pflegeleistungen, Stipendien, Beschäftigungsanreize, staatliche Subventionen für marode Unternehmen und überweisen Sie jedem Bürger jeden Monat eine zur Deckung der Grundbedürfnisse einer einzelnen Person hinreichende Summe, ob sie nun arbeitet oder nicht, ob sie arm ist oder reich, ob sie alleine lebt, Familie hat, mit einem Lebenspartner zusammenlebt oder verheiratet ist, ob sie früher gearbeitet hat oder nicht... Tun Sie all dies und beobachten Sie dann, was passiert.“⁵

Götz W. Werner schlägt zur gesellschaftlichen Organisation dieses Systems vor, dieses mit einer radikalen Steuerreform zu verknüpfen. Da Unternehmer gar nicht anders kalkulieren können, als alle Steuern und Abgaben, die sie bezahlen, in die Preise ihrer Produkte und Dienstleistungen einzubringen, wäre es ungleich transparenter, alle heutigen Unternehmenssteuern abzuschaffen und stattdessen eine Steuer zur absolut dominie-

lung für verschiedene Altersgruppen zwischen ca. 300 Euro für Kinder und bis zu 1.200 bis 1.500 Euro für Erwachsene im normalen Erwerbsalter und wiederum etwas weniger für Senioren.

⁵ Zit. n.: Vanderborght, Yannick / van Parijs, Philippe: *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Mit einem Nachwort von Claus Offe. Frankfurt/M. 2005

renden Generalsteuer zu erheben: eine Konsum- bzw. Mehrwertsteuer. Die Höhe dieser Mehrwertsteuer gibt dem Bürger eine klare und permanente Vorstellung davon, wie hoch der staatliche Transferanteil an der Wirtschaftsleistung ist. (Dies widerspricht natürlich nicht der Möglichkeit, auch weiterhin oder sogar noch verstärkt mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen zu operieren – für Basisgüter, für „Wohlstandsgüter“ und für Luxusgüter.) Der Satz müsste dann – bei Beibehalten der heutigen Höhe staatlicher und quasi-staatlicher Transfers – im Schnitt bei rund 50 Prozent liegen. Dies würde jedoch nicht zu einem im Durchschnitt höheren Preisniveau führen, da alle diese Zahlen ja gerade auf der Grundlage des Ist-Zustands nur umgerechnet wurden auf das geänderte System der Einnahmen- und Ausgabenseite. Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Staates würden gleich bleiben. Geändert – und zwar radikal vereinfacht und bürokratievermindert – würde der Mechanismus, wie die Einnahmen generiert werden. Und geändert würde – und zwar ebenfalls stark bürokratievermindert sowie zusätzlich humaner und leistungsfördernder – der Mechanismus, wie das Geld verteilt wird.

Auch wenn sich am Saldo wenig ändert, werden die gesellschaftlichen Auswirkungen immens sein:

Das Phänomen von materiellen Existenzängsten wäre mit einem Schlag Geschichte. Niemand müsste sich mehr Sorgen machen um sein Basiseinkommen. Eine in dieser Hinsicht angstfreie Gesellschaft würde den Freiraum geben, die menschlichen Potentiale auf motivierende, sinngebende und kreative Tätigkeiten zu richten und würde alle diese Tätigkeitsbereiche erst so richtig aufleben lassen. Die heutige so genannte „Love Economy“ – unbezahlte, aber gesamtwirtschaftlich unverzichtbare Erziehungs- und Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit etc. – wäre erheblich aufgewertet und zumindest mit einer menschenwürdigen Pauschale abgegolten. Der Anreiz zu Dazuerdienen wäre nicht geringer, sondern deutlich höher als zu-

vor, denn jegliche Einnahme durch Arbeit verbliebe bei den Arbeitenden und würde nicht mit Arbeitslosengeld etc. gegen gerechnet. Leistung würde sich wieder lohnen – und zwar für alle. Ferner wäre auch Kleinselbständigkeit ungleich leichter möglich, wenn das Grundeinkommen erst einmal vorhanden ist, ebenso alle Formen experimenteller Arbeit, die für die Innovationskraft einer Gesellschaft von höchster Bedeutung ist. Sowohl die monetären als auch die nichtmonetären Arbeitsanreize wären auf der Grundlage eines freien Basiseinkommens erheblich größer.

Der Faktor Arbeit wäre bei dem vorgeschlagenen Konzept entscheidend entlastet, denn auf ihm würden bei einem reinen Konsumsteuerkonzept überhaupt keine Nebenkosten mehr liegen. Länder, die schneller als andere auf ein solches System umsteigen, würden hohe Investitionen von den Weltfinanzmärkten anlocken, denn nichts ist attraktiver als hohe Produktivität plus nebenkostenfreie Arbeitslöhne. Ein solches System würde dennoch gleichzeitig nicht nur die Innovationskraft einiger Ingenieure auf eine weitere Steigerung der Automatisierung und Produktivität fokussieren. Plötzlich wäre die gesamte Gesellschaft an weiteren Produktivitätssteigerungen interessiert, denn alle würden davon über weitere Steigerungsmöglichkeiten des Grundeinkommens oder weitere Steigerungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Leistungen unmittelbar profitieren.

Ein ganz besonderer Segen wäre die Beseitigung eines Großteils der heutigen Bürokratie. Die gesamte Arbeitslosenverwaltung entfielen, die gesamte Bürokratie zur Feststellung von Bedürftigkeit und zur Kontrolle von Missbrauchsmöglichkeiten und vieles mehr. Deutschland zahlt hierfür derzeit jedes Jahr weit mehr als 100 Milliarden Euro. Nicht nur die damit verbundene Entmündigung und Entwürdigung aller heutigen „Hilfsbedürftigen“ entfielen und die Abermillionen damit verbundenen Behördengänge und „Papierkriege“. Millionenheere

von heutigen Beamten und behördlichen Angestellten wären frei für gesellschaftlich sinnvollere und wirtschaftlich produktivere Tätigkeiten. Wenn der Staat bzw. die Gesellschaft entscheiden würde, die dadurch eingesparten Kosten zur Hälfte den Bürgern zurückzugeben und zur anderen Hälfte in andere wichtige Gemeinschaftsaufgaben zu stecken wie z.B. in Verbesserungen im Bildungsbereich, würde unsere Gesellschaft schlagartig erheblich reicher.

Ein freies und für alle gleiches Bürgerbasiseinkommen würde viele der heutigen Lobbyverbände für die endlos vielen Sonderinteressen weitestgehend arbeitslos machen. Diese würden mit Sicherheit darauf hinweisen, dass ein solches Bürgereinkommen weniger Einzelfallgerechtigkeit bedeuten würde. Was ist eine übertriebene Einzelfallgerechtigkeit jedoch wert, wenn sie mit erheblichen Bürokratiekosten bezahlt wird? Oft geht nicht weniger als ein Drittel der staatlichen Transferkosten für die Verwaltung drauf. Mit einem Bürgereinkommen würde durch das Wegfallen der heutigen „Einzelfallgerechtigkeitsverwaltungskosten“ fast die gesamte Gesellschaft deutlich mehr erhalten als zuvor. Für die wenigen verbleibenden Sonderfälle, die dann tatsächlich noch berechnete Förderungen benötigen würden, wäre es dem Staat auch bei Einführung des Bürgereinkommens unbenommen, diesen zusätzliche Hilfe zufließen zu lassen. Zu viel Einzelfallgerechtigkeit führt jedenfalls dazu, dass unter dem Strich für alle weniger bleibt als wenn wir die Gesellschaft einfacher, effizienter und bürokratiefreier organisieren.

Für viele der bis heute stark benachteiligten Gruppen der Gesellschaft wäre ein bedingungsloses Basiseinkommen jedoch die größte vorstellbare Befreiungsaktion. Kindererziehende Partner wären besser abgesichert und ihre gesellschaftlich besonders wertvolle Arbeit wäre endlich auch finanziell entlohnt, Frauen könnten Familie und Beruf wesentlich besser miteinander vereinbaren, zum Beispiel indem sie sich von ih-

rem Basiseinkommen auf Teilzeitbasis eine Haushaltshilfe leisten. Familien würden deutlich besser dastehen. Da auch für Kinder das Grundeinkommen fließen würde, wenn auch mit einem niedrigeren Satz als für Erwachsene, wäre für ihre Bildung und Ausbildung mehr Geld da, das von ihren Familien oder später von ihnen selbst entsprechend eingesetzt werden kann. Aber auch Kinderlose müssten sich nicht schlechter gestellt fühlen, denn sie hätten bessere Möglichkeiten, durch die niedrigere Belastung der Arbeit netto mehr zu verdienen. Insgesamt aber würde ein freies Bürgereinkommen gleichzeitig eine besonders kluge Familienpolitik darstellen. Ein abgesichertes Basiseinkommen würde es wieder leichter und attraktiver machen, Familien zu gründen und sich „Kinder zu leisten“. Andererseits wäre kein übersteigerter Kinderboom zu erwarten, denn die Frauen würden die neue Freiheit einer abgesicherten Existenz ganz sicher auch zu einer klaren beruflichen Lebensplanung nutzen.

Eine weitere Folge: Es gäbe keine Rente mehr im herkömmlichen Sinne. Für jeden stünde lebenslänglich ein altersangepasstes Grundeinkommen zur Verfügung. Daneben steht es jedem frei, so lange und so viel zu arbeiten wie er will und so viel für eine private Rente zur Seite zu legen wie gewünscht. Mit dem Konzept des freien Bürgergelds könnten sich beispielsweise viele der heutigen „Rentner“ dazu motiviert fühlen, weiterhin sinnstiftende Tätigkeiten auszuführen in einem für sie passenden Ausmaß, sei es einfach gesellschaftlich sinnvolle ehrenamtliche Arbeit oder auch bezahlte Arbeit. Sicher würden sich in Verbindung mit dem Bürgereinkommen viele neue Arbeitssituationen ergeben, so dass das krankmachende Gefühl des Nichtmehrgebrauchtwerdens bei älteren Menschen wieder aus unserer Gesellschaft verschwinden könnte.

Auf der Basis eines Grundeinkommens würde insgesamt die menschenbezogene Dienstleistung, vor allem aber die ehrenamtliche bis gering bezahlte zivilgesellschaftliche Arbeit ver-

mutlich eine große Blüte erleben, so dass viele soziale Leistungen wieder bürgernäher und authentischer würden und vor allem auch wesentlich kreativer und „sozialunternehmerischer“ als im heutigen verbürokratisierten Sozialstaat. Der Grund: Die Arbeitskosten für eine Krankenschwester wären bei einem Grundeinkommen von z.B. 1.200 Euro nicht mehr 3.000 Euro, sondern nur noch 1.800 Euro, weil die Differenz über das Grundeinkommen finanziert wäre. Die aus meiner Sicht wichtigste Wirkung eines bedingungslosen Basiseinkommens wäre der dadurch ausgelöste Durchbruch zu einer echten Dienstleistungs- und Bürgergesellschaft. Daher werde ich künftig auch von einem freien Bürgereinkommen sprechen.

Selbstverständlich kann ein freies Bürgereinkommen nicht alle Probleme lösen. Wer beispielsweise arbeiten will, wird dies wohl auch mit einem Grundeinkommen nicht tun. Nur gibt man sich allzu oft der Illusion hin, hier wäre mit irgendwelchen Zwangsmaßnahmen etwas erreichbar. Die Realitäten und zahllose Studien sprechen dagegen, dennoch wird der Mythos der Wunderwirkung von Zwang aufrechterhalten. Entscheidend für die erfolgreiche Integration *jeglicher* Randgruppe ist die *gesellschaftliche Atmosphäre*. Ein freies Bürgergeld schafft neben der konstruktiven Grundstimmung eines positiven Menschenbildes wieder deutlich mehr menschliche Nähe und soziale Verbundenheit im Zusammenleben, was sich zu allen Zeiten gleichzeitig als das wirksamste Mittel sozialer Fürsorge und Kontrolle erwies. Wenn eine Gemeinschaft insgesamt eine höhere Achtsamkeit für die Kostbarkeit jedes einzelnen „Faktors Mensch“ lebt, wird sie automatisch auch eine höhere Phantasie entwickeln, um möglichst alle Menschen möglichst aktiv in dieses Leben zu integrieren. In einer Gesellschaft mit freiem Bürgereinkommen existiert die achselzuckende Ausrede „Ich habe keine Arbeit“ schlicht nicht mehr.

Ein System mit freiem Bürgergeld funktioniert am besten in Verbindung mit dem schnellen Aufbau eines informellen

Kompetenzbildungssystem, wie es im vorherigen Teil beschrieben wurde. Dieses versetzt jeden Menschen in die Lage, als Lernunternehmer sich möglichst eigenverantwortlich effizient und effektiv neues Wissen anzueignen und als Lebensunternehmer dieses erfolgreich sinnbildend und gleichzeitig vermögensbildend umzusetzen. Der Philosoph und Anthropologe Frithjof Bergmann warnte zu Recht vor der Blauäugigkeit, dass Menschen nur deshalb schon mit ihrem Leben etwas Sinnvolles anzufangen wüssten, wenn sie sich keine Sorgen mehr um ein existenzsicherndes Einkommen machen müssten.⁶ Solange Menschen keine klare Vorstellung von dem haben, was sie „wirklich wirklich wollen“ – eine sie motivierende und bestenfalls sogar beseelende Lebensvision –, solange können sie von Antriebslosigkeit durchaus wie gelähmt sein. Dieses Faktum wird durch die ausgesprochen dürftigen Vermittlungserfolge unserer Arbeitsagenturen bei Langzeitarbeitslosen belegt. Dass es umgekehrt mit der Vermittlung eines positiven Selbst- und Zukunftsbildes selbst für vermeintlich Chancenlose wieder eine aktive und attraktive Zukunft geben kann, haben Bergmann, der zuvor schon zitierte Thomas Heinle und viele andere ebenfalls hinlänglich belegt.

Eine weitere positive Auswirkung eines freien Bürgereinkommens wäre eine wohl relativ starke Veränderung des Entlohnungssystems auf dem Arbeitsmarkt. Da Arbeitnehmer hier leichter die Möglichkeit haben, sich gegen die Annahme einer bestimmten Arbeit zu entscheiden, würde wohl der Effekt eintreten, dass „unangenehme Arbeiten“ höher bezahlt würden. Auch würden sich Arbeitssuchende mehr als bisher danach ausrichten, welche Arbeitgeber bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Arbeitsatmosphäre anbieten. Die Steigerung der Lebensqualität am Arbeitsplatz würde mehr zu einem Teil positiver marktwirtschaftlicher Mechanismen und Anreize. Das

⁶ Frithjof Bergmann: *Die Freiheit leben*. Freiamt 2005

Soziale würde Qualitätsmerkmal des wirtschaftlichen Prozesses selbst.

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Antwort auf die immer weiter steigende Produktivität im Sinne eines Grundeinkommens oder ähnlicher Konzepte wie z.B. der negativen Einkommensteuer wurde auch von einer Reihe der führenden Ökonomen der Welt schon vor vielen Jahrzehnten formuliert, und zwar aus den unterschiedlichsten wirtschaftswissenschaftlichen Lagern. So schrieb der neoliberale Milton Friedman schon 1962: „Die Maßnahme, die sich anbietet, ist eine negative Einkommensteuer.“⁷ Der eher sozialliberal orientierte Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin befürwortete 1972 ebenfalls ein „allgemeines Grundeinkommen“. Milton Friedman geht davon aus, dass schon in sehr naher Zukunft nach der heutigen Arbeitsmarktlogik nur noch 20 Prozent Arbeitende erforderlich sind – was eine Arbeitslosigkeit von 80 Prozent bedeuten würde.

Eine Frage, vor der man angesichts der Dynamik und des erreichten Stadiums der Globalisierung nicht ausweichen darf, ist, ob man die Einführung eines freien Bürgereinkommens auf der Ebene der Nationen erwägen kann oder nur auf weltweiter Ebene. Bei den Befürwortern eines freien Bürgereinkommens wächst die Erkenntnis, dass man die globale Dimension keinesfalls außer Acht lassen kann. Der niederländische Künstler Peter Kooistra forderte als erster ein universelles, über die UNO organisiertes Grundeinkommen. Fraglos würde dieses selbst auf allerniedrigstem Niveau eine globale soziale Revolution zur endgültigen Beseitigung der bittersten Formen von Armut bedeuten. Und fraglos muss aus all den Gründen, die in diesem Buch bereits ausgeführt wurden, eine ausgesprochen kraftvolle Dynamik in diese Richtung ausgelöst werden. Spätestens zu dem Zeitpunkt, da sich größere Länder für den

⁷ Milton Friedman: *Kapitalismus und Freiheit*. Chicago 1962. Deutsche Ausgabe: München 2004.

schrittweisen Sozialsystemwechsel zu einem freien Bürgereinkommen entscheiden, wird es gar nicht vermeidbar sein, dieses Element auch in die Mechanismen eines globalen Sozialausgleichs einzubauen. Die wichtigsten kurzfristigen Elemente für einen globalen Sozialausgleich sind jedoch ein Global Marshall Plan, so wie er in Teil 4 dieses Buches vorgeschlagen wird, verbunden mit der Verwirklichung eines funktionierenden weltumspannenden Kleinkreditbankensystems und eines komplementären informellen Kompetenzenbildungssystems.

Auch folgende Klarstellungen sind wichtig: Ein freies Bürgereinkommen hat nichts mit kommunistischer Gleichmacherei zu tun. Es ist vielmehr Ausdruck einer zeitgemäßen und bürokratiearmen, dafür aber lebensunternehmerisch orientierten sozialen Marktwirtschaft, die sich definitiv von Verhaltensformen eines obrigkeitlichen Bevormundungsstaates verabschiedet hat und stattdessen auf eine kreative und verantwortungsbereite Bürgergesellschaft setzt. Das freie Bürgereinkommen soll die wichtigste Freiheit schützen und fördern: die Freiheit zu einem würdevollen Leben. Die Freiheit von existentieller Angst wird den besten Nährboden geben für die Freiheit zu lebensunternehmerischer und im Besonderen auch zu echter unternehmerischer Aktivität in größtmöglicher Breite. Auf das freie Bürgereinkommen sollen privates Arbeitseinkommen, privates unternehmerisches Einkommen und zusätzliche private Vorsorge für Gesundheit, Alter, periodische Fortbildungen usw. aufsetzen. Ein Steuersystem, das auch auf dann weiterhin relativ große Einkommensunterschiede referiert, kann durch ein Mehrwertsteuersystem mit unterschiedlichen Güterkategorien verwirklicht werden, bei dem die Steuersätze für Grundgüter und für Luxusgüter deutlich variieren. Damit sich auch sonst keine übergroßen Vermögen anhäufen können, die ab einer bestimmten Größenordnung jegliches gesellschaftliche System unterminieren würden, bedürfte es neben dem vorgeschlagenen zentralen Mehrwertsteuersystem einer funktionie-

renden Erbschaftssteuer und einer „Ultrareichensteuer“, von der jedoch nur ein verschwindend kleiner Teil der Weltbevölkerung betroffen wäre.

Sicher bedarf es keiner vertieften Begründung, dass eine derart tief greifende Veränderung wie hier vorgeschlagen nicht über Nacht eingeführt werden kann, sondern nur über mehrere Schritte, die auch als Lernschritte genutzt werden sollten, um aus möglichen Fehlannahmen rasch korrigierende Maßnahmen ableiten zu können.

Wie bei jeder innovativen Idee traten auch beim Thema Grundeinkommen zunächst die Skeptiker auf den Plan, denn: „Die Unternehmer würden an Macht verlieren, die Gewerkschaften, die Politiker würden ebenfalls an Macht und Einfluss verlieren. Aber jeder Bürger würde gewinnen. An Würde und Sicherheit.“⁸ Wessen Denken jedoch nicht allzu sehr von Ideologien oder Klientelismus gesteuert und geblendet ist, wird in der Idee eines freien Bürgereinkommens schnell die immensen Vorteile sowohl für konservative als auch für sozialdemokratische als auch für liberale als auch für gewerkschaftliche als auch für unternehmerische Anliegen erkennen können. In dieser Idee finden alle berechtigten Anliegen dieser unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konzepte ihre intelligente Verknüpfung und bahnbrechende Verwirklichung.

Die Idee eines Grundeinkommens könnte auch aus einem ganz anderen Grund schneller als viele erwarten starke politische Unterstützung erhalten, und zwar aufgrund eines Zusammenhangs, auf den Benediktus Hardorp hinweist: „Eine (mit einem Grundeinkommen verknüpfte) Konsumsteuer fördert unsere Inlandsproduktivität, weil sie den Export entlastet. Und der Import würde in gleichem Maße wie die inländischen Leistungen belastet.“⁹ Heute haben wir die Situation, dass in den Industrieländern der Faktor Arbeit sehr stark belastet ist und in

⁸ Götz W. Werner: *Ein Grund für die Zukunft: Grundeinkommen*, S. 40

⁹ A.a.O., S. 53

den aufholenden Schwellenländern *gleichzeitig* die Löhne niedriger sind *und* der Faktor Arbeit fast überhaupt nicht mit Nebenkosten belastet ist. Gabor Steingart sieht aus dieser immer mehr existenzbedrohlichen Wettbewerbsverzerrung zuungunsten der Industrieländer keinen anderen Ausweg als einen radikalen Systemwechsel zu einer Konsumsteuer: „Ein Sozialstaat, der sich im Wesentlichen über Verbrauchssteuern finanzierte, würde In- und Ausländer mit mathematischer Exaktheit gleich behandeln.“¹⁰ Die ohnehin unumgängliche Steuerreform zu einem Konsumsteuersystem erleichtert eine nüchterne Diskussion über deren Kopplung mit der weiteren Befreiungsstufe des Faktors Arbeit durch die Einführung eines freien Bürgereinkommens.

Dennoch: Alle diese Überlegungen führen uns nicht weiter, solange wir nicht *auf globaler Ebene* die *Gestaltungssouveränität* über die durch Produktivitätsrevolution und Globalisierungsdynamik ausgelösten Prozesse wieder zurückerlangen. Der zentrale Schlüssel ist und bleibt ein Global Marshall Plan.

¹⁰ Gabor Steingart: *Weltkrieg um Wohlstand*. S. 326